

Westdeutsche Finanzhilfe noch viele Jahre erforderlich

Das Institut für Wirtschaft und Gesellschaft (IWG) beziffert die nötige Finanzhilfe an öffentlichen und privaten Transfers für die neuen Bundesländer in 1992 auf 170 Mrd. DM. Sie müsse noch viele Jahre fortgesetzt werden. Knapp die Hälfte (45%) des in den neuen Ländern vorhandenen Nachfragepotentials beruhe auf Hilfen aus den alten Bundesländern, nicht auf eigener Leistung. Zwar werde von 1992 an der wirtschaftliche Abstand sich zwischen alten und neuen Ländern nicht weiter vergrößern. Auch werde in vier Jahren bei realem Wachstum von jährlich etwa 17% der seit dem Fall der Mauer eingetretene Produktionsverlust aufgeholt sein. Um aber bis 2000 im Osten auch nur die Hälfte des westlichen Sozialprodukts zu erreichen, müßte die Ostwirtschaft jährlich um durchschnittlich real 9% von 1994 bis 2000 wachsen. Ohne westliche Transfers würde nach der Jahrhundertwende ein noch untragbares wirtschaftliches und soziales Gefälle in Deutschland bestehen. Gegenwärtig beträgt das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf nur ein Viertel des westdeutschen Niveaus, Ende 1989 war es noch ein Drittel.

Für die Bundesregierung hat „das Ziel, gleiche Lebensverhältnisse in ganz Deutschland herbeizuführen, höchste Priorität“ (Jahreswirtschaftsbericht 1991). In der Haushaltsdebatte Mitte März 1991 sagte der Bundeskanzler, in drei bis fünf Jahren würden einheitliche Lebensverhältnisse in ganz Deutschland erreicht sein.

Nach: Frankfurter Rundschau vom 13. 4. 1991

Vgl. auch: U. Roppel: Gesamtwirtschaftliche Größenordnung und Entwicklungsperspektiven des Wohlstandsgefälles zwischen Ost- und Westdeutschland, in: Arbeit und Sozialpolitik, Heft 11/12, 1990, S. 378-388.

